

# Infoblatt

## Kreisverband Greiz

**DIE LINKE.**

**- Parteilich, regional und von ganzem Herzen links -**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, wir leben, lieben und arbeiten seit 25 Jahren in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, welches sich nach Kräften bemüht das politische System der parlamentarisch verfassten Demokratie zu einem Feigenblatt zu degradieren. Der euphemistische Gipfel dieser Entwicklung manifestiert sich in dem Begriff „Marktkonforme Demokratie“. Dieser Begriff bedeutet nichts anderes als das sich alles menschliche Denken und Handeln auf die Erfüllung der Interessen der Kapitalbesitzer zu richten habe. Im Gegensatz dazu und basierend auf den Überlegungen zum Scheitern der SED-Diktatur und der Planwirtschaft bekennt sich DIE LINKE. programmatisch und praktisch zum politischen System der Demokratie. Im zweiten Schritt streben wir eine soziale Marktwirtschaft an, welche die ökologischen Grundlagen der menschlichen Existenz erhält. In diesem Sinne waren Mitglieder der Partei DIE LINKE im Kreisverband Greiz zusammen mit der Kreistagsfraktion DIE LINKE auf der Sommertour unterwegs im Landkreis Greiz, um auch außerhalb der Wahlen mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Wir unterstützten das Bürgerbegehren zum Erhalt der Grundschule Obergrochlitz aktiv bei der Unterschriftensammlung. Wir führten mehrere Veranstaltungen zum Thema Funktional,- Verwaltungs- und Gebietsreform durch. Wir hatten, immer mit dem Vor-

zeichen „linke“, Gäste zu den Themen Sozialpolitik in Thüringen, Landwirtschaftspolitik, Kommunalpolitik und Wohnungspolitik. Wir waren auf den Sommerfesten in der Region zu Gast und haben unser eigenes traditionelles linkes Sommerfest in Weida durchgeführt. In Berlin demonstrierten Greizer LINKE gemeinsam mit 250.000 anderen Menschen gegen den Totalverkauf unserer Demokratie und für einen fairen und ökologischen Welthandel. Wir haben unsere rot-rot-grüne Landesregierung konstruktiv-kritisch durch ihr erstes Jahr begleitet und unterstützt. Gleiches gilt für unsere linken Fraktionen in den Gemeinden und im Kreis. Zudem hat unser Kreisverband mit unserer Landtagsabgeordneten Diana Skibbe seit der Landesvorstandswahl endlich ein Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Thüringen. Zusätzlich zu seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses im Bundestag wurde unser Bundestagsabgeordneter Frank Tempel zum stellvertretenden Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag und zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Innenpolitik der Linksfraktion gewählt.

Über all diese Themen und Aktivitäten hinweg lag das Thema Flüchtlingspolitik in unserem Fokus. Und auch hier steht einiges auf der „Haben“-Seite. Denn viele unserer Mitglieder haben sich über die eigenen Diskussionsveranstaltungen hinaus persönlich für Flüchtlinge engagiert und sich auf der Straße gegen Thü-



gida, AfD und Co. gestellt, um für ein friedliches und integratives Miteinander Gesicht zu zeigen. Das heißt leider nicht, dass die „Soll“-Seite in dieser kleinen Buchhaltung ausgeglichen ist. Denn auch innerhalb unserer Partei gibt es einige Mitglieder mit „Sorgen“ über die Art und Weise des Umgangs mit Flüchtlingen. Die Diskussionen werden dementsprechend fortgesetzt. Mit Freude auf das nächste Jahr danke ich allen aktiven Mitgliedern unseres Kreisverbandes und den Mitgliedern unserer Linksfraktionen in den Gemeinden und im Kreis für ihr nicht zu unterschätzendes ehrenamtliches Engagement. Ich wünsche euch und allen Freunden unserer Partei eine besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr und eine interessante Lektüre dieser Ausgabe unseres Infoblattes.

*Mit solidarischen Grüßen, euer Kreisvorsitzender Christian Wächter.*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Ort der Begegnung: Haus Siebenhitze in Greiz

Im ehemals von der evangelischen Kirche genutzten Gebäude, der Siebenhitze 51, entsteht seit einiger Zeit eine Begegnungsstätte in Greiz für Einheimische und Geflüchtete. Das Haus, welches von außen leider keinen besonders ansehnlichen Eindruck macht, im Inneren aber umso belebter ist, lebt vom Mitmachen. Jede Woche findet Deutschunterricht statt, welcher von den Asylbewerbern hervorragend angenommen wird. Jeden Mittwoch ist von 15-17 Uhr der Spendenladen geöffnet. Hier wird hauptsächlich Kleidung, aber auch Spielzeug und Haushaltsgegenstände zur Verfügung gestellt. Der Laden ist nicht ausschließlich für Asylbewerber sondern für alle Bedürftigen Menschen gedacht. Auch weitere Helfer und Spender sind gern gesehen.

Jeden ersten Mittwoch im Monat findet 19 Uhr ein offenes Treffen statt, zu dem alle Interessierten herzlich willkommen sind. Hier dreht es sich z.B. um Patenschaften, aber auch um die Organisation verschiedener regelmäßiger Veranstaltungen wie das gemeinsame Kochen mit Asylbewerbern und das Erzählcafé, den Spendenladen sowie weitere thematische Informationsveranstaltungen und Workshops, die im Haus stattfinden. So gab es bereits verschiedene Veranstaltungen, wie z.B. einen Informationsabend zum Islam, einen Workshop zu interkultureller Kompetenz, aber auch Informationsveranstaltungen zu Aktivitäten gegen Neonazi-Aufmärsche in der Region.

Perspektivisch soll jedoch im Haus noch viel mehr stattfinden. Selbst organisiert von ehrenamtlichen Helfern, könnte das Haus in Zukunft die vielfältigsten Veranstaltungen beherbergen – Platz ist genug. Der Träger des Hauses, der Verein Aufandhalt e.V., freut sich über weitere ehrenamtliche Unterstützer.

Marcel Buhlmann  
Greiz

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Pressemitteilung des Förderverein Grundschule Obergrochlitz e.V.

Die Listensammlung zum Antrag auf Zulassung des Bürgerbegehrens zum Erhalt der Grundschule Greiz-Obergrochlitz ist beendet. Von Anfang August bis zum 2. Dezember 2015 wurden insgesamt 9762 Unterschriften durch die Initiatoren des ersten Bürgerbegehrens im Landkreis Greiz gesammelt. Notwendig sind mindestens 6177 gültige Stimmen damit sich der Kreistag erneut mit der Problematik befasst. Die Initiatoren rechnen mit einer Entscheidung bis spätestens Frühjahr 2016, damit zum neuen Schuljahr wieder eine erste Klasse eingeschult werden kann und die Schule gerettet ist.

Andrea Jarling  
Vorsitzende des Fördervereins  
Pascal Fritzsche  
Antragsteller Bürgerbegehren

### DIE LINKE - Danke Gregor!

Die Geschichte der PDS und der Partei DIE LINKE ist zum großen Teil die Geschichte eines Mannes, die von Gregor Gysi.

Sein erster großer politischer Auftritt war am 4. November 1989 als er auf der Massenkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz vor 500.000 Menschen sprach und ein neues Wahlrecht sowie ein Verfassungsgericht einforderte. Auf dem Sonderparteitag am 9. Dezember 1989 wurde er zum Parteivorsitzenden der SED/PDS gewählt. In den folgenden Jahren setzte er sich dafür ein, dass die Partei nicht aufgelöst sondern neu ausgerichtet und organisiert wurde. Den Parteivorsitz hatte er bis zum 31. Januar 1993 inne. Von März bis Oktober 1990 war er Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion. Er kritisierte die Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR und plädierte für eine Vereinigung unter den Bedingungen des Artikels 146 des Grundgesetzes, der eine Verfassung für beide Staaten vorsieht.

Ab dem 3. Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und bis zum 2. Oktober 2000 Vorsitzender der PDS – Bundestagsfraktion. Bei den Bundestagswahlen 2005, 2009, und 2013 gewann er für seine Partei DIE LINKE mit über 40 Prozent das Direktmandat in seinem Wahlkreis Berlin Treptow- Köpenick und war in diesen Wahlperioden der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE. Auf Grund der

Großen Koalition von CDU/CSU und SPD ist er Oppositionsführer im Bundestag geworden. Nach 20 Jahren Fraktionsvorsitzender legte er am 12. September 2015 sein Amt nieder.

Im Jahr 2005 gründete sich die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit – WASG.

Am 23. Dezember 2005 wurde Gregor Gysi Mitglied der WASG und Oskar Lafontaine Mitglied der Linkspartei/PDS.

Gemeinsam schufen beide die gesamtdeutsche Linkspartei, die seit dem 16. Juni 2007 den Namen „DIE LINKE“ trägt. Mit der Gründung der „LINKEN“ kam bei vielen Mitgliedern die Hoffnung auf „mehr“, auf die Aussicht, etwas zu verändern. Bekanntlich konnte die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, die Hartz – Gesetze, die Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht aufgehoben werden. Doch DIE LINKE ist bis 2015 zu einer weitgehend respektierten bundesweiten Partei geworden. Sie ist in den Ländern und Kommunen fest verankert. „Das es uns gelungen ist, dass uns auch diejenigen, die uns nicht wählen, respektieren, dass es uns gibt“, dies ist auch für Gregor Gysi ein Erfolg.

Einen Rat hat er seiner Partei und der Fraktion hinterlassen: „Wir können und sollten auch Bundesebene regieren wollen, und zwar selbstbewusst, mit Kompromissen, aber ohne falsche Zugeständnisse.“

Am 13. Oktober 2015 wählte die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE ihren neuen Fraktions-

vorsitzenden, so wie bei der Funktion des Parteivorsitzenden, sollten es zwei Personen sein. Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch waren die Kandidaten. Bei der Wahl hatte Dietmar Bartsch 55 der 60 Stimmen erhalten. Für Sahra Wagenknecht votierten 47 Abgeordnete. Das Wahlprogramm ist die Grundlage für die weitere Arbeit der Fraktion und der Partei, ein Eintreten für weniger gesellschaftliche Ungleichheit und die Rückkehr zu einer friedlichen Außenpolitik. Die bisherige gute Arbeit der Fraktion gilt es fortzusetzen. Gut wäre, würden wir noch besser zeigen, wie wir Alltagsprobleme der Leute aufgreifen und dann Vorschläge machen, die ihr Leben verbessern. Viele stimmen mit uns in einer kritischen Sicht auf die Gesellschaft überein, trauen uns aber zu wenig zu, Dinge positiv zu verändern. Das hat mit unseren noch zu geringen Einfluss zu tun, aber auch damit, dass unsere Angebote nicht immer praktikabel erscheinen oder das wir manchmal lediglich sagen, wogegen wir sind, nicht aber wofür. Zur Flüchtlingsfrage erklärten sie: „Jeder weiß, dass es keine Lösung sein kann, die vielen Millionen verzweifelter Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Krieg Umweltzerstörung, Armut und Gewalt sind, nach Deutschland zu holen. Wir brauchen deshalb endlich eine verantwortungsbewusste Politik, die die Fluchtursachen bekämpft und keine Bundesregierung, die die Genehmigung der Waffenexporte nach Saudi Arabien verdreifacht. Aktuell erleben wir ein Staatsversagen, weil uns die Folgen einer falschen Politik einholen. Menschen wollen dort leben, wo sie ihre Wurzeln haben. Dass das überall unter menschenwürdigen Bedingungen geschehen kann, muss erstes Ziel der Politik sein. Millionen flüchten um das bloße Leben zu retten, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Kinder satt bekommen. Weltweit werden 1.500 Milliarden Dollar jährlich für Militär ausgegeben, aber dem Welternährungsprogramm fehlt das Nötigste, um die Flüchtlinge zu versorgen. Das Wichtigste ist, das wir selbst glaubwürdig bleiben, und die Menschen überzeugen, dass wir eine

bessere Politik in der Regierung umsetzen würden. Immer mehr Menschen resignieren, weil die von ihnen Gewählten ihre Wahlversprechen brechen und sie das Gefühl haben, durch ihre Stimme oder ihre Aktivität nichts ändern können. Das beste Mittel gegen Resignation sind gemeinsam erkämpfte Erfolge. In seinem Buch „Nachdenken über Deutschland - Wie weiter?“ Stellt Gregor Gysi sich die Frage:

„Warum bin ich Sozialist?“ und findet vier Gründe warum er den Kapitalismus überwinden will.

Erstens: „Ich kenne inzwischen auch die Schwächen und Stärken des Kapitalismus. Er bringt Top-Leistungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Aber er kann und will auch nicht auf Kriege verzichten. Die Zahl der militärischen Konflikte nimmt stetig zu. Der Kapitalismus ist weder willens noch fähig, Auseinandersetzungen ohne Einsatz von Waffengewalt zu lösen. Dabei geht's, aber nichtvorrangig, auch um die Profitinteressen der Rüstungsindustrie. Vor allem jedoch geht es um gesamtwirtschaftliche Interessen: in erster Linie um die Sicherung von Rohstoffen und Märkte.

Zweitens: Auf der Welt sterben in jedem Jahr etwa 70 Millionen Menschen, davon 18 Millionen an Hunger. Wir haben eine Landwirtschaft, die die gesamte Weltbevölkerung zweimal ernähren könnte. Warum ist es dann nicht möglich, dass alle Lebenden, also die Weltbevölkerung, ausreichend versorgt werden können? Es muss doch offenkundig an der Verteilung liegen. Warum begreifen wir nicht, dass insbesondere in diesem Hunger die Ablehnung und der Hass auf die „westliche“ Kultur in großen Teilen der Welt wurzelt?

Wenn wir den Terror wirksam bekämpfen wollen, sollten wir erstmal unser eigenes Verhalten gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern verändern und den Hunger dort überwinden. Der Kampf gegen den Terror wäre erfolgreicher, wenn er auch ein Kampf gegen den Hunger wäre. Er wäre zudem nicht nur billiger, sondern auch nachhaltiger und umweltfreundlicher.

Drittens: Der Kapitalismus ist nicht

in der Lage, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Es liegt im Wesen dieser Gesellschaft, dass ein verschwindend geringer Teil immer reicher und ein zunehmend wachsender Teil immer ärmer wird. Eine Minderheit bereichert sich auf Kosten der Mehrheit. Kein Mensch ist in der Lage, innerhalb eines normalen Arbeitslebens Milliarden allein durch eigene berufliche Tätigkeit, ohne Spekulation oder Bereicherung zu Lasten anderer zu verdienen. Brecht benannte das Problem und den kausalen Zusammenhang sehr pointiert in dem Vierzeiler: „Reicher Mann und armer Mann / Standen da und sah'n sich an / Und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“

Viertens: Der Kapitalismus kriegt auch keine ökologische Nachhaltigkeit hin. Die ökonomischen Interessen sind stärker als die ökologischen Interessen. Auf diese Weise handelt er allerdings fortgesetzt auch gegen seine eigenen ökonomischen Interessen, da er auf Kosten der Zukunft nach dem Prinzip produziert: nach mir die Sintflut. Und ein weiterer Widerspruch: Eine ökologisch aufgeklärte Gesellschaft wie die unsere ist zwar in der Lage, die Forderung nach ökologischen Produkten durchzusetzen und dass diese auf dem Markt angeboten werden. Aber sie ist nicht in der Lage, dafür zu sorgen, dass diese Waren auch ökologisch produziert werden. Denn es geht immer darum, so billig wie möglich zu produzieren, um die Gewinnspanne zu vergrößern. Hinzu kommt noch das ab und an durchsickert, das Bio doch nicht Bio ist und die angeblich freilaufenden Hühner ihre Eier im Käfig gelegt haben.

Das sind mindestens vier Gründe, weshalb ich den Kapitalismus überwinden will.“

Können wir auf der Grundlage dieser vier Gründe unter den Menschen, besonders jüngeren, nicht Gleichgesinnte finden, die Gregor Gysi zur Seite stehen?

Fortsetzung Seite 4!

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Geschichtsaufarbeitung

Die Geschichte, die man uns offenbart, ist die Vergottung der Gegenwart mit Hilfe der totalen Verkettung der DDR - Geschichte. Geht man nach der Meinung verschiedener Politiker und Historiker, dann stände die Menschheit am Ende ihrer Geschichte – Faschismus und Sozialismus sind gescheitert, nur die Gesellschaft, die auf der Grundlage des „Wettbewerbes“ das Leben der Menschheit auf diesem Globus bestimmt, hat die Zukunft. Diese Ordnung hat gesiegt – es ist vollbracht – das Rad der Geschichte darf sich nicht weiterdrehen.

Schon Kopernikus wusste schon damals darauf eine Antwort: „Und sie dreht sich doch.“ Aufarbeitung der DDR – Geschichte heißt etwas zu Ende führen, sich seiner so oder so zu entledigen. Im Falle der Vergangenheit der DDR, die auch unsere eigene persönliche Vergangenheit ist, glaubt man, mit dem Begriffen Unrechtstaat, SED- Diktatur, Staatssicherheit, Staatsnähe, Täter – Opfer in den Medien auszukommen. Aber Umgang mit der Geschichte setzt Aufklärung, Kritik und Toleranz voraus. Toleranz wird kaum geübt, vor dem geschichtlichen Urteil steht gegenwärtig noch immer das Vorurteil. Die Freiheit des Andersdenkenden, in der Vorwendezeit gefordert, ist mit der Wende, so wie die Wende selbst, untergegangen. Emanuel Kant gab einmal den Rat: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“

Umgang mit der Geschichte beginnt nicht mit der Kritik am jeweils anderen, sondern mit der Befragung des eigenen Tuns. Umgang mit der Geschichte hat immer zwei Seiten: durch den Sieger der Geschichte und durch dessen Verlierer. Es ist manches machbar, wenn es den gemeinsamen Willen für Veränderungen gibt, der auf Respekt und gelebter Toleranz vor anderen Personen und Meinungen beruht.

Lebenserfahrungen lehren, dass die Geschichte mit der Wende nicht zu Ende ging und eine andere Alternative zum Kapitalismus nicht von der Tagesordnung zu streichen ist. Nicht, so kann es nicht weitergehen, sondern so soll es nicht weitergehen. Viele Menschen beginnen die behauptete Überlegenheit des Kapitalismus zu bezweifeln. Das Gefühl der Alternativlosigkeit beginnt zu schwinden.

Der Wunsch nach einem Leben in einer Gesellschaft, die andere Werte schätzt als Konsum und die Mehrung des privaten Besitzes nimmt zu. „Wenn man über sich nachdenkt, sich erinnert, dann zieht man den Reichtum hervor, der an sich in einem steckt.“ Schrieb Hegel einmal auf. Wir haben eine Verantwortung für die Erinnerung. Anders können wir alle nicht sinnvoll leben und lernen. Erinnerungen sind aus wunderbarem Stoff gemacht – trügerisch und dennoch zwingend, nachhaltig und schattenhaft.

Es ist kein Verlass auf die Erinnerung, und dennoch gibt es keine Wirklichkeit außer der, die wir im Gedächtnis tragen.

Erinnerung kann man nicht einfach verbieten. Denn das eigene Leben ist nun mal das eigene Leben.

Es müsste ein Grundrecht auf Erinnerung geben.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab in diesem Land keinen Krieg.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab in diesem Land wenig Neid.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab keine Arbeitslosigkeit.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab eine Gleichberechtigung der Frauen-

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit

- Monatlicher Haushaltstag

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab eine große Solidarität unter den Bürgern.

- Es gab gegenseitige Hilfe vom Kind über den

Jugendlichen bis zum Erwachsenen.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab ein einheitliches Bildungssystem vom

Kindergarten bis zum Abitur.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab eine eingeschränkte Reisefreiheit und Meinungsfreiheit.

*Eine Erinnerung an die 40 Jahre DDR ist:*

- Es gab Menschen, die in Opposition zum Staate standen und deshalb Unrecht erleiden mussten.

Jeder Mensch lebt sein Leben in der Gesellschaft die ihn umgibt, er kann sich dies bei seiner Geburt nicht aussuchen, er wird in sie hineingeboren. Eine Erfahrung aus den 25 Jahren Leben im vereinten Deutschland ist: Es gibt überall Neid. Wir sehen heut überall in der Welt Neid, Neid, Neid und sehen wohin das führt.

Eine Gesellschaft von Egoisten, getrieben von der Sucht nach Mehr, kann nicht überleben, sagt Friedrich Schorlemmer. „ Wenn wir unseren Blick nicht weiten, auch auf andere hin, sind wir verloren. Gier lauert hinter jeder Tür. Sie will das schnelle Glück und sieht den anderen nur als Konkurrenten. Durch Konsum, durch

Haben und Besitzen, freilich in einer ewigen Spirale, die keine Zufriedenheit, kein Maß kennt. Glück: das ist Freude, Vitalität, innere Freiheit und Weite. Gier macht unfähig zum Genießen, sie verengt den Blick und verhärtet das Herz. Gier will haben. Glück will sein. Leben braucht Sinn. Wo wir der Gier verfallen verhindern wir den Sinn.“ Schorlemmer zeigt Konsequenzen für den Einzelnen und für unsere Gesellschaft. Jeder sollte sich selbst die Frage stellen: **Worin besteht der Sinn meines Lebens?** Und eine Antwort finden. Es gibt weltweit eine extreme Verteilungsungerechtigkeit, die zu Verteilungskriegen führt, die wir zum Teil schon erleben. In unserem Land ist es auch dramatisch. Etwa 13 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut bedroht. Das geht aus einer Statistik der Europäischen Union hervor. Das Armutsrisiko beginnt demzufolge bei weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung – bei unter 979 Euro netto für Singles und bei unter 2.056 Euro für eine vierköpfige Familie. Deutschland ist ein reiches Land. Obwohl die deutsche Wirtschaft wächst, ist hierzulande fast jedes fünfte Kind (2,8 Millionen) von Armut bedroht. Laut Statistischem Bundesamt geben Eltern durchschnittlich 15 Euro am Tag für ihr Kind aus. Davon werden Essen und Kleidung bezahlt, ebenso das Schulmaterial, das Fahrrad oder der Schwimmbadbesuch.

>>>

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

Arme Eltern haben aber nur neun Euro täglich für ihr Kind zur Verfügung. Das ist ziemlich wenig. Für rund die Hälfte der Kinder aus armen Verhältnissen ist es zu teuer monatlich eine kulturelle Veranstaltung zu besuchen, 76 Prozent von ihnen fahren nie in den Urlaub. Stellt man sich die Frage „Was braucht ein Kind zum Leben?“, da fallen natürlich Werte wie Liebe, Zuneigung und Freundschaft ein. Die sind wichtiger als Geld und zum Glück kostenlos. Aber mit Freunden an Aktivitäten teilzunehmen, ist nicht kostenlos. Der Sportverein, das Sporttrikot, die Musikschule, Förderunterricht das alles kostet Geld und das Kind merkt, ich selbst kann da nicht mit. Es ist an der Teilhabe ausgeschlossen. Das wirkt sich auf das Lebensgefühl der Kinder aus. Arme Kinder trauen sich weniger zu. Nur 19 Prozent haben das Abitur als Ziel, die den Kindern der „Oberschicht“ sind es 76 Prozent.

Die von Armut am stärksten betroffenen Gruppen sind nach wie vor Erwerbslose mit 57,6 Prozent und Alleinerziehende mit 41,9 Prozent. Auch Rentner und Rentnerinnen sind stark betroffen. Die Quote der altersarmen Rentner hat seit 2006 mit 51 Prozent so stark zugelegt wie noch nie. Die finanziell untere Hälfte unserer Bevölkerung, also 40 Millionen Menschen besitzt ein Prozent des Vermögens – 1998 waren es

noch 4 Prozent. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt hingegen 32 Prozent des Vermögens, nämlich mehr als 3 Billionen Euro. Das ist eine gravierende Ungerechtigkeit. Der Reichtum ist maßlos geworden. Wir müssen die Umverteilung von unten nach oben stoppen und im Sinne einer gerechteren Gesellschaft eine Umverteilung von oben nach unten beginnen.

Die Bundesregierung lässt zu, dass die Mitte der Gesellschaft alles bezahlt. Das sind die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die Angestellten, auch die Handwerkerinnen und Handwerker, die Mittelständler und die Selbständigen. Sie alle müssen überdurchschnittlich zahlen, nur weil sich die Bundesregierung nicht heranwagt an das Vermögen, an die Leute, die zu viel Geld haben.

Es gibt in Deutschland zurzeit 123 Milliardäre und rund eine Million Millionäre. Wenn jeder von ihnen pro Million Euro Vermögen 10.000 Euro als Solidarität abführen würde, wäre genug Geld zur Bekämpfung der Kinderarmut vorhanden. Denn der Reichtum eines Landes kann nur am Reichtum von Kindern gemessen werden.

*Herbert Jende  
Zeulenroda-Triebes*

## »Gelingende Integration ist eine Investition in die Gesellschaft«

**In der vergangenen Woche haben Sie von Jan Korte, dem neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die Leitung des Arbeitskreises V – Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung – übernommen. Was bringt die neue Rolle mit sich?**

**Frank Tempel:** Erst einmal bringt es mehr Verantwortung. Ich kann aber auf die hervorragende Arbeit meines Vorgängers aufbauen. Vieles ist also Fortsetzung, naturgemäß mit einem anderen persönlichen Stil.

„Mein Büro“ hat schon vorher ein wachsendes Themenspektrum bearbeitet: von Cannabis über Katastrophenschutz bis zu Sport und Polizei, von Untersuchungsausschuss bis Zoll. Jetzt wird es aber eine Herausforderung sein, den umfassenden Themenkreis des AK nicht nur zu überblicken und zu begleiten, sondern ihn wirksam zu koordinieren und der gemeinsamen Arbeit auch Impulse zu geben. Konkret heißt das für unseren Arbeitskreis: den Demokratievorstellungen der Koalitionsparteien und ihren gesellschaftlichen Unterstützern Alternativen entgegenzusetzen, sie gegenüber dem Rechtsverständnis und der Innenpolitik der Bundesregierung zu entwickeln und öffentlichkeitswirksam in den Prozess der politischen Meinungsbildung einzubringen.

**Flüchtlinge, rechter Terror, Überwachung durch NSA unter Beihilfe des BND, Vorratsdatenspeicherung, DFB-Affäre um die Vergabe der WM 2006 – an innenpolitischen Themen ist kein Mangel. Welche Schwerpunkte werden Sie setzen?**

Der politische Alltag setzt natürlich mit seinen aktuellen Entwicklungen die Schwerpunkte für unsere Arbeit. Unverändert bleiben aber unsere politischen Grundsätze, die wir in die parlamentarische Arbeit einbringen und dort umsetzen werden. Wir werden weiterhin die



Frank Tempel im Interview der Woche über seine neue Aufgabe als Leiter des Arbeitskreises V – Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung –, sowie aktuelle Themen wie Asyl- und Flüchtlingspolitik, Integration, rechten Terror, Überwachung durch NSA unter Beihilfe des BND, die Vorratsdatenspeicherung und die Legalisierung von Cannabis

Interessen und die Menschen- und Bürgerrechte verteidigen. Dabei ist es völlig egal, ob es sich um deutsche Staatsbürger oder um Menschen handelt, die aus ihrem Heimatland fliehen mussten und hier Hilfe suchen. Der Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung ist noch nicht entschieden und dieses Projekt selbst ist ja wiederum nur eine aktuelle Spitze im immer schärferen Kampf um digitale Bürgerrechte und die staats- und kommerzfreie Kommunikation. Gewichtiger Teil der Innenpolitik und der Arbeit des Innenausschusses

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

schuss die Interessen der Kommunen, welche schon vor den vielen Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, am Rande der Leistungsfähigkeit agierten und nun nochmals schwer belastet werden.

**Kein Thema bewegt die Menschen derzeit so sehr wie die Flüchtlingspolitik. Die Regierung hat das Asylgesetz verschärft, die GroKo stritt lange über Transitzonen. DIE LINKE steht für eine andere, offene Politik gegenüber Flüchtlingen. Wie will DIE LINKE, die Menschen überzeugen, dass ihr Ansatz der richtige ist? Welche Chancen, welche Risiken sehen Sie?**

Das, in meinen Augen, größte Risiko ist, dass gesellschaftlich benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Zum einen geschieht dies durch gezielte rechtspopulistische Propaganda, die zu einer deutlichen Ausbreitung der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland geführt hat. Klischees, die hier geschürt werden, werden durch frühere und gegenwärtige Fehler zusätzlich gefördert. Zum Beispiel liegt die Finanzierung der Kommunen durch den Bund an den real entstehenden Kosten für die Flüchtlingsunterbringung bei nur circa 25 Prozent. Das Gefühl entsteht, dringend notwendige Ausgaben für Schulen oder Straßenreparaturen in den Kommunen werden aufgrund der Flüchtlinge nicht mehr finanziert. Die Unterfinanzierung der Kommunen ist aber der langjährigen, ungerechten Finanzverteilung geschuldet und nicht den Flüchtlingen. Das starrsinnige Vorhaben, einer "schwarzen Null im Bundeshaushalt" ist verantwortlich für einen gnadenlosen Personalabbau im öffentlichen Dienst, zum Beispiel bei der Polizei oder dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es ist fast ein Naturgesetz, dass in einer auf Konkurrenz beruhenden Gesellschaft eher auf sichtbare Menschen und vermeintliche Konkurrenten eingeschlagen wird, als dass die Zustände geändert werden, die für die Probleme verantwortlich sind. Wir sollten aber bei allen Schwierigkeiten auch die Chancen sehen: Gelingt es uns durch Druck auf die Bundesregierung Korrekturen an der Sozialpolitik, der Wohnungspolitik, an der Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst und bei den Finanzflüssen in Richtung Länder und Kommunen zu erreichen, wäre das für Einheimische wie für Flüchtlinge ein Erfolg.

**Derzeit erlebt Deutschland wieder eine Welle der Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt, aber auch eine andere Seite, nämlich viele Menschen, die den Flüchtlingen helfen. Wie brisant ist die Situation?**

Die Situation ist sehr brisant! Rechtspopulisten und Rechtskonservative verbreiten Klischees und Vorurteile. Ängste und Fragen von Bürgerinnen und Bürgern, die in sich ändernden nationalen oder internationalen Situationen immer auftauchen, wandeln sich und werden gewandelt nach und nach zu ausländerfeindlichen, rassistischen Haltungen. Diesem Prozess können wir nur mit Widerstand, Transparenz und hartnäckiger, breiter Gegenöffentlichkeit begegnen. Das heißt für unseren Arbeitskreis, Antworten zu entwickeln und mit diesen Positionen auch öffentlich Gesicht zeigen.

**Flüchtlinge in der Not zu helfen, ist die eine Seite, die nächste Herausforderung lautet Integration. Was muss getan werden, damit sie gelingt?**

Als erstes müssen wir wissen, wie wir Integration definieren wollen. Integration bedeutet für uns als Fraktion DIE LINKE, die Möglichkeit am gesellschaftlichen Leben in Deutsch-

land teilzunehmen. Integration heißt für uns die Befähigung, sich im rechtstaatlichen System unseres Landes mit seinen Rechten und Pflichten zurechtzufinden. Integration bedeutet für uns nicht, die eigene Kultur und Geschichte aufgeben zu müssen. Maßgeblich für uns LINKE ist der menschliche Umgang miteinander. Gelingende Integration ist aber gleichzeitig eine Investition in die Gesellschaft. Bildung und Teilhabe ermöglichen es ausländischen Bürgern schneller, sich mit Ihren Möglichkeiten in unsere Gesellschaft ein- und das Gemeinwohl voranzubringen.

**Die SPD ist eingeknickt. Nun kommt die Neuaufgabe der Vorratsdatenspeicherung, die jetzt Höchstspeicherfrist heißen soll. Wer muss sich mehr davor fürchten, die Bürgerinnen und Bürger oder der Terrorist, der einen Anschlag plant?**

Der positive Effekt einer Vorratsdatenspeicherung zur Terrorabwehr wird von den Regierungsfractionen behauptet, aber nicht nachgewiesen. Bei der Aufklärung allgemeiner Straftaten gilt das Gleiche. Dagegen wissen nicht nur wir ganz sicher, dass es immer wieder Missbrauchsfälle im Umgang mit gespeicherten Daten gegeben hat. Das geschah sowohl bei privaten Unternehmen als auch durch den unkontrollierten Zugriff der Geheimdienste. Die Gefahr für Bürgerinnen und Bürger, dass Daten jetzt anlasslos gespeichert und diese Daten auch missbräuchlich genutzt werden, ist also Realität.

**Das Ausmaß der technischen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger ist dank Edward Snowden publik geworden. Wie lang ist der Weg zurück, um grundlegenden Bürgerrechten wieder Geltung zu verschaffen und was müssten die ersten Schritte sein?**

Erste Schritte müssen die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und das Verbot für die Geheimdienste zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, einschließlich digitaler Überwachung, sein. Es muss aber auch eine umfassende Überprüfung der Gesetze her, mittels denen BKA und Zoll und andere Sicherheitsbehörden in die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger eingreifen können. Bürgerrechte müssen in erster Linie von den Bürgerinnen und Bürgern verteidigt werden. Das heißt, nur wenn es uns gelingt, die Zivilgesellschaft weit mehr als bisher für diese Frage zu sensibilisieren, sind Rückschläge in der Verteidigung der Bürgerrechte zu verhindern.

**Der Untersuchungsausschuss zur Terrorbande Nationalsozialistischer Untergrund geht demnächst in die zweite Runde. Was kann, was muss dieser zweite Untersuchungsausschuss noch leisten, um den Komplex des rechten Terrors zu durchdringen?**

Wir haben momentan eine politische Situation, in der es zu einer massiven Zunahme von ausländerfeindlichen Gewalt kommt. Wenn es uns nicht gelingt, aus der Vergangenheit der Terrorzelle NSU mit all dem Versagen von staatlichen Institutionen, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, dann wird ein Anwachsen rechten Terrors nicht zu verhindern sein. Viele Umstände rund um das Handeln von Justiz, Polizei und Geheimdiensten liegen im Unklaren, die Verantwortung staatlich geführter V-Leute für die Entstehung und so lange anhaltende Existenz des NSU ist keineswegs aufgeklärt. Das und eine Reihe neuer Gesetze auf dieser Grundlage machen eine Wiederholung solcher Fehler jederzeit möglich. Die Notwendigkeit, den NSU-Komplex weiter aufzuklären, ist also tagesaktuel-ler denn je.

**Sie sind auch drogenpolitischer Sprecher der Fraktion. Sie setzen sich unter anderem dafür ein,**

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## medizinische Cannabisprodukte an Schwerkranken abzugeben oder die Kriminalisierung von Cannabis-Konsumenten zu beenden. Warum sind das gute Ideen?

In der medizinischen Therapie bietet Cannabis Möglichkeiten, die in der Bundesrepublik aus ideologischen Gründen kaum genutzt werden. Wenn in ganz Deutschland bisher nur 400 Personen die Möglichkeit haben, Cannabis therapeutisch zu nutzen, dies auch noch ohne Gegenfinanzierung der Krankenkassen geschieht, muss man von einer gesetzlich festgeschriebenen, unterlassenen Hilfeleistung sprechen. Selbst die Sicherstellung des medizinischen Cannabis für chronisch Kranke konnte bisher nicht gewährleistet werden.

Bei der Entkriminalisierung von Cannabiskonsumern geht es uns um eine wirkungsvollere gesundheitsorientierte Drogenpolitik. Das Verbot von Cannabis hat sich nicht nur als wirkungslos, sondern auch als gesundheitspolitisch schädlich erwiesen. Der Konsum von Cannabis kann durch ein Verbot nicht eingedämmt werden, jedoch ermöglicht es den Abfluss großer Geldmengen in die Kriminalität. So wird ein schadensminimierender Präventionsansatz verhindert. Hinzu kommt, dass eine Kontrolle über den tatsächlichen Wirkstoffgehalt abgeblockt wird. Nicht zuletzt werden so Regularien eines effizienteren Jugendschutzes verhindert.

linksfraktion.de, 9. November 2015

## Zum Haushaltsdesaster von Greiz:

Sehr zeitig haben wir als Fraktion Die Linke vom Greizer Bürgermeister gefordert, einen Haushalt 2015 auf zu stellen um die Handlungsfähigkeit der Stadt Greiz nicht zu gefährden. Erst redete er sich mit fehlenden Zahlen aus Erfurt raus, dann war das Haushaltssicherungskonzept nicht fertig und dann, dann wollte er das Haushaltssicherungskonzept ohne Haushalt beschließen. Diese Rechnung ging nicht auf, auch wenn wir hierfür „ungehorsam“ an den Tag legen mussten und mit dem Verlassen der Stadtratssitzung einen entsprechenden Eklat verursachten. Aber das Landesverwaltungsamt gab uns Recht und ohne Haushalt braucht es auch kein Haushaltssicherungskonzept. Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 20.10.2015 besagt, dass es für 2015 bei der vorläufigen Haushaltsführung verbleiben sollte, weil das Jahr schon so sehr fortgeschritten war. Trotzdem beharrte der Greizer Bürgermeister darauf, den Haushalt 2015 zu beschließen, was dann auch am 02.12.2015 erfolgte.

Weiterhin wurde von Seiten des Landesverwaltungsamtes in dem zitierten Schreiben die Erstellung eines Doppelhaushaltes 2016/2017 vorgeschlagen. Das war

nach Auffassung der LINKS-Fraktion sinnvoll. Bei dem Haushaltsplan 2016/2017 könnte man sich an den Ist-Zahlen 2015 orientieren und die sparsame Haushaltsführung beibehalten. Wir haben in Anlehnung an die Ist-Zahlen per 13.11.2015 eine grobe Übersicht erstellt von über 20 verschiedenen Haushaltsstellen, an denen Einsparpotential von 400.000 € vorhanden sind.

Wenn nun alle ihre Hausaufgaben machen und selbst einsparen, die Verwaltung ihr Nötiges dazu beiträgt, werden wir auch dem Bürgern von Greiz die eine oder andere Anpassung von Gebühren/Beiträgen bis zum Landesdurchschnitt zumuten können und Verständnis dort finden.

Wir als Fraktion haben deutlich aufgezeigt, dass man nicht immer nur Einnahmen durch weitere Belastung der Bürger erhöhen muss, sondern dass man auch Ausgaben durch sparsameres Haushalten verringern kann. Der Haushalt 2016 wurde zurück an die Verwaltung verwiesen. Die Ausführliche Beratung über die neuen Zahlen wird dann gleich zu Beginn des neuen Jahres eine neue Herausforderung für uns als Fraktion sein. *Holger Steiniger, Fraktionsvors. Die Linke.*

## Dem Haushalt 2016/2017 des Landkreises Greiz hat die Fraktion Die Linke im der Kreistagssitzung vom 24.11.2015 zugestimmt.

### Was waren unsere Gründe?

1. Die eingeplante 4,01 Mio. € **2016** und 2, 46 Mio. € **2017** für Schulbaumaßnahmen sind aus unserer Sicht eine sehr sinnvolle Investition. Gleichwohl erhoffen wir uns, dass nach erfolgreichem Bürgerbegehren für den Erhalt der Grundschule Bertold Brecht in Greiz-Obergrochlitz das Geld für die notwendige Feuertreppe aufgewendet wird.
2. Erfreulich ist, dass der Schuldenstand von 31,5 Mio. € **2015** auf 25,8 Mio. € **2017** sinken soll.
3. Durch Entnahmen aus der Rücklage wird auf unnötige Erhöhung der Kreis- und Schulumlage weitestgehend verzichtet.

### Was gefällt uns nicht:

1. Der vorliegende Haushaltsplan geht von Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt **2016** von 160 Mio. € und **2017** von 166 Mio. € aus. Das entspricht einer Steigerung von ca. 4 % obgleich im selben Zeitraum die Einwohnerzahl rein statistisch um ca. 5% abnimmt. Höchste Zeit also für die Funktional, Verwaltungs- und Gebietsreform um dieser Entwicklung entgegen zu wirken!

2. Die Ausgaben für Soziale Leistungen steigen von 2014 76 Mio. € auf 90 Mio. € im Jahr 2016 sowie 96 Mio. € 2017. Hier spiegelt sich die verfehlte Niedriglohnpolitik der vergangenen Jahre nieder. Leiharbeit und Minijobs reichen nun mal nicht zum Lebensunterhalt. Fehlende oder sehr geringe Rentenansprüche neuer Leistungsberechtigter in Einrichtungen sowie die steigenden Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter sind Folgen dieser verfehlten Arbeitspolitik. Schuld daran ist auch die öffentliche Hand mit ihrer verfehlten Vergabepolitik.
3. Weiterhin sehen wir es nach wie vor als notwendig an, endlich auch im Landkreis Greiz einen Landesaktionsplan im Kampf gegen Rechtsextremismus aufzustellen, um dadurch weiter Gelder für konkrete Projekte nutzen zu können.

Da wir ein Teil unserer Forderungen mit den aufgestellten Haushalt als erfüllt ansahen, haben wir uns als Fraktion für die Zustimmung entschieden.

*Holger Steiniger*  
Fraktionsvorsitzender KT Greiz

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Bundesweiter Vorlesetag in Zeulenroda-Triebes

Wie jedes Jahr beteiligte sich Diana Skibbe am Bundesweiten Vorlesetag.

In der „Röttlein Grundschule Zeulenroda-Triebes“ warteten die Kinder der Klassenstufe 1-2 in der ersten Lesestunde und die Klassenstufe 3-4 in der zweiten Lesestunde auf das, was da passieren sollte.

Diana brachte zwei Bücher von Schriftsteller Alexander Wolkow mit. Vorgelesen hat sie aus dem Buch „Der Zauberer der Smaragdenstadt“. Die Schüler hörten gespannt der Geschichte von Elli und ihrem Hund Totoschka, die am Rande der Wüste von Kansas wohnen, zu. . Dem, von einer bösen Hexe heraufbeschworenen, Sturm ging die Puste aus. Er stellt aber so viele Dinge auf den Kopf, die in der Geschichte wieder auf die Füße gestellt werden. Bei ihren Abenteuern lernt Elli jede Menge seltsame Völker, bunte Länder und geheimnisvolle Paläste kennen und findet drei neue, treue Freunde: eine Vogelscheuche, die gern ein Gehirn hätte, den Eisernen Holzfäller, der sich ein Herz wünscht und einem feigen Löwen der sich mehr Mut wünscht. Gemeinsam machen sich die fünf dann auf die Reise zum Zauberer Goodwin in die Smaragdenstadt, der ihnen bei ihren verschiedenen Anliegen helfen soll. Doch auf den Weg dahin trafen sie auf viele Gefahren, die zu bewältigen sind.

Die Schüler wurden auf den Fortgang der Geschichte neugierig gemacht, wozu sie auch die Möglichkeit haben werden. Diana hat das Buch aus dem sie vorlas

und ein weiteres der Schule übergeben, so dass der Fortgang der Geschichte selbst gelesen werden kann. Somit hat Diana das Ziel des Bundesweiten

Vorlesetages er-

reicht: „Kinder für das Lesen zu begeistern“.

Die Schüler und Lehrer bedankten sich mit viel Applaus für diese etwas anderen Schulstunden.

*Marlies Jakat*



## Ein Aufruf zur Solidarität!

Es brennt in Deutschland. Täglich gibt es Angriffe und Übergriffe gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Rassistische Demonstrationen und Ausschreitungen, blanker Hass und brutale Gewalt gehört mittlerweile zum Alltag. Die vergangenen Wochen und Monate lassen uns befürchten, dass nach mehr als 600 Übergriffen auf Unterkünfte im Jahr 2015 bald die ersten Todesopfer zu beklagen sind.

Diejenigen, die mit Neonazis wie „Thügida“ und „Wir lieben Ostthüringen“ gegen Flüchtlinge auf die Straße gehen und auf Facebook hetzen, sind keine „Asylkritiker“ und auch keine „besorgten Bürger“. Wir finden es brandgefährlich den Hass derart zu verharmlosen. Es sind Rassisten! Im Umfeld von solchen Demonstrationen ereignen sich immer wieder Gewalttaten und Übergriffe, so in Dresden, Leipzig, Freiberg, Meißen, Altenburg und anderswo. Auch in Greiz und Gera gab es bereits Übergriffe. Lassen wir nicht zu, dass sich weiter dieser dumpfe Hass gegen Flüchtlinge, gegen die Presse und gegen politische Gegner auf unseren Straßen breit macht! Engagieren wir uns! Zeigen wir Solidarität ganz praktisch, indem wir bei Projekten wie der Begegnungsstätte „Siebenhitze“ getragen von Aufandhalt e.V. in Greiz mitmachen. Indem wir Begegnungen und Austausch ermöglichen. Indem wir Patenschaften übernehmen, Sprachkurse unterstützen und Integration voran bringen. Zeigen wir Solidarität, indem wir aufklären über Fluchtursachen, die Zusammenhänge zwischen der weltweiten neoliberalen Wirtschaftspolitik, Waffenexporten und den dadurch befeuerten Konflikten in aller Welt.

Zeigen wir politische Solidarität, kritisieren wir die Geschenke an Pegida und Co., sagen wir deutlich, was wir von den geistigen Brandstiftern von AfD, CSU, Pegida und all den anderen halten. Klären wir auf über die Lebensumstände von Geflüchteten hier bei uns, über die Auswirkungen der aktuellen Asylrechtsverschärfungen, die letztlich Integrations-Verhinderungs-Gesetze sind.

Lasst uns aktiv werden, uns vernetzen, uns solidarisieren für ein gutes Leben für alle Menschen!

*Marcel Buhlmann* 8

Aus unserem Weidaer Wochenblatt vom 8. August:

### Einbruch in den evangelischen Kindergarten „Sonnenschein“ Weida

In der Nacht vom 14. auf den 15.07.2015 wurde unser Kindergarten von dreisten Dieben heimgesucht.

Die Einbrecher stahlen dabei die lange gesammelten Spenden, die für ein Spielgerät für unsere jüngsten Kinder sowie das Geld, das für einen Ausflug geplant war. Beides sollte in den nächsten Tagen stattfinden bzw. angeschafft werden. Nun stehen wir wieder am Anfang. Wir, die Kinder und das Erzieherteam, sind darüber traurig und sehr enttäuscht, dass es Menschen gibt, die so etwas tun und nicht einmal mehr vor Kindergärten halt machen. Wir wünschen denen, die diesen Einbruch begangen haben, ein lebenslanges schlechtes Gewissen.

Auf der Fraktionssitzung der LINKEN des Stadtrates Weida haben wir dann spontan entschieden, dass wir auch helfen wollen. So gaben dann die Mitglieder der Fraktion und des Ortsvorstands jeder einen Anteil, so dass wir 80,00 € an die Leiterin des Kindergartens Frau Urban übergeben konnten. Wir, die Kinder und das Erzieherteam möchten uns ganz herzlich bei der Fraktion Die Linke für ihre Geldspende bedanken. Den Betrag von 80,00 € werden wir für ein Außenspielgerät für unsere Krippenkinder verwenden.

Die Kinder und das Team des evangelischen Kindergarten "Sonnenschein" Weida

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



## Ronneburg ist hilfsbereit!..?



Als bekannt wurde, dass bekannte Rechtsradikale und Ausländerfeinde am 28.09.2015 in Ronneburg eine Demonstration der „THÜGIDA“ angemeldet hatten, erinnerte ich mich sofort an den Erfolg der vom Zeulenroda-Triebeser Stadtrat organisierten Gegenkundgebung, gegen die Demonstration in Ihrer Stadt am 22.12.2014. Die Geschlossenheit der versammelten Bürger und ihr Bekenntnis zur Solidarität mit Flüchtlingen, haben mich sehr beeindruckt.

In einem Aufruf im Ronneburger Stadtanzeiger habe ich versucht, die Bürger zu informieren. Gleichzeitig habe ich alle demokratischen Parteien und die Wählervereinigung, sowie Vereine aufgerufen, eine Gegen-

kundgebung zum gleichen Zeitpunkt zu unterstützen. Die Resonanz auf den Aufruf war sehr zurückhaltend bis negativ. Trotzdem ist es gelungen, Unterstützer für einen Aufruf zu einer Gegenkundgebung zu gewinnen. Diesen Aufruf haben wir als Flyer in Ronneburg flächendeckend in den Haushalten verteilt.

Die Beteiligung an der Gegenkundgebung war was die Teilnehmerzahl betrifft, enttäuschend. Erfreulich war, welche Personen an der Kundgebung teilnahmen. Besonders möchte ich hier Frau Finanzminister Heike Taubert erwähnen, deren Teilnahme zu keiner Zeit zugesichert wurde, aber auch unsere Bürgermeisterin, Frau Leutloff und unsere Genossin Diana Skibbe (MdL). Für die Unterstützung durch die Teilnehmer der Montags-Demo Gera und einigen Genossen unseres Landkreises möchte ich danken.

Trotzdem konnte auf der Gegenkundgebung gezeigt werden, dass es eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und eine Ablehnung der ausländerfeindlichen Parolen der „THÜGIDA“ auch in Ronneburg gibt. Vielen Bürgern ist erst durch die Vorgänge an diesem Tag der Ernst der Situation bewusst geworden. Ich bin überzeugt, dass wir eine größere Anzahl von Teilnehmern erreichen werden, sollte eine solche Kundgebung in Ronneburg noch einmal notwendig werden. Ich bin zuversichtlich, dass es in Ronneburg gelingen wird, Flüchtlinge zu integrieren.

Ulrich Stark



## Gebietsreform – Diskussion vor Ort



Am 26. Oktober fand in Ronneburg, im Hotel Gambrius, eine Gesprächsrunde zu dem vom Ministerium veröffentlichten „Eckpunkte-Papier“ zur geplanten Gebietsreform mit dem kommunalpolitischen Sprecher Frank Kuschel (MdL) statt. Dazu eingeladen hatten die Landtagsabgeordneten Ute Lukasch (Wohnungspolitische Sprecherin) und Diana Skibbe (Sprecherin für Verbraucherschutz). Die gut besuchte Veranstaltung fand direkt im Anschluss an die „Regionalkonferenz zum Leitbild der Verwaltungs- Funktional- und Gebietsreform“ in Gera statt. Auch der MDR ließ es sich nicht nehmen, direkt

von der Regionalkonferenz mit nach Ronneburg zu kommen.

Frank Kuschel (MdL) nahm Stellung zum vorliegenden Leitbild, welches durch den Minister für Inneres und Kommunales Holger Poppenhäger am 2. Oktober in einer Regierungserklärung der Öffentlichkeit vorstellte. Frank Kuschel: „Klar erkennbar ist der Zusammenhang zwischen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Leitbild der Landesregierung für ein zukunftsfähiges Thüringen. Damit wird der Reform-Stau im Lande aufgebrochen.“

Zum geplanten Ablauf ist folgendes zu bemerken: Derzeit kann und wird dieses Leitbild in den Kommunen und Kreisen zur Diskussion gestellt. Bis Dezember 2015 ist es u.a. möglich Vorschläge und Änderungen zur Diskussion einzubringen. In der derzeitigen Diskussionsphase soll es keinerlei Denk- oder Diskussionsstabus geben, betonte Frank Kuschel, denn so wie es derzeit ist, kann es nicht bleiben.

Ab Januar 2016 soll dann durch das Kabinett ein Vorschaltgesetz mit Regelungen des Überganges, danach eine Phase der „Freiwilligkeit“ bis hin zur Umsetzung Jan. 2018 folgen.

Das kommunale Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ - 1. Entwurf mit Eckwerten kann in den Büros der Abgeordneten Ute Lukasch und Diana Skibbe eingesehen bzw. angefordert werden oder online abgerufen werden.

*Marlies Jakat*

## Sommerfest in der Gaststätte „Aumühle“ in Weida



25 Jahre linke Politik im Landkreis Greiz, hatten wir Heidrun Sedlacik eingeladen. Sie referierte in anschaulicher Art und Weise über die von Ungewissheit und Unsicherheit geprägten Wendejahre und den Werdegang beim Aufbau der PDS zur LINKEN in unserem Landkreis. Anke

schau zu halten mit der Gewissheit, was Geschichtsprägendes erreicht zu haben. Dafür bedanken wir uns noch mal ganz herzlich bei Heidrun. Genossinnen aus Greiz und Weida haben fleißig Kuchen gebacken, welcher guten Absatz fand und nur gelobt wurde. Roster und Brätel gehören natürlich auch zu einem Sommerfest. Die selbstgemachten Salate unserer Genossinnen aus Weida komplet-

Der Kreisvorstand der LINKEN Greiz hatte am 13. September zum Sommerfest unter dem Motto „25 Jahre LINKE Politik“ im Landkreis Greiz eingeladen. Bei bestem Spätsommerwetter konnten wir viele Genossen und interessierte Bürger sowie die Landtagsabgeordneten Diana Skibbe und Ute Lukasch aus dem Altenburger Land auf unserem Sommerfest begrüßen. Zurückblickend auf



Hofmann unsere Landesgeschäftsführerin, hat Heidrun gekonnt in die Inforunde eingebunden. Es war für alle noch mal interessant Rück-

tierten das Angebot und für unsere Jüngsten stand eine Hüpfburg bereit. Abgerundet wurde der Tag durch die musikalische Umrahmung von Joe, einem der Tippelbruder, der auch die Gäste zum Mitsingen animieren konnte. Rundum war es ein gelungenes Sommerfest, welches aber nur durch die selbstlose Unterstützung vieler fleißiger Helfer erreicht werden konnte.

Dafür noch mal Recht herzlichen Dank.

*Marlies Jakat*

*Jedes Jahrzehnt des Menschen  
hat sein eigenes Glück,  
seine eigenen Hoffnungen  
und Aussichten!*



*Herzlichen Glückwunsch  
zum Geburtstag*



**Zum 93. Wiegenfest**

Ilse Schaller, 25.10.1922, Zeulenroda-Triebes  
Hilde Willms, 18.10.1922, Zeulenroda-Triebes  
Gerhard Faust, 05.12.1922, Mohlsdorf-  
Teichwolframsdorf



**Zum 92. Wiegenfest**

Ingeborg Urbansky, 26.11.1923, Hohenleuben

**Zum 90. Wiegenfest**

Anneliese Schimmel, 08.11.1925, Hohenleuben  
Ingeburg Schreiber, 31.10.1925, Greiz

**Zum 89. Wiegenfest**

Walter Nosseck, 03.10.1926, Ronneburg  
Ilse Winterfeld, 14.12.1926, Zeulenroda-Triebes  
Heinz Ulrich, 10.09.1926, Greiz



**Zum 88. Wiegenfest**

Erika Schäuble, 11.10.1927, Zeulenroda-Triebes  
Harry Schimmel, 22.09.1927, Hohenleuben  
Hildegard Wiche, 14.09.1927, Zeulenroda-Triebes  
Herbert Jung, 05.12.1927, Wünschendorf

**Zum 87. Wiegenfest**

Heinrich Geistlinger, 01.12.1928, Wünschendorf  
Lothar Lath, 15.11.1928, Zeulenroda-Triebes



**Zum 85. Wiegenfest**

Günther Gerhardt, 11.09.1930, Kraftsdorf  
Erwin Popp, 13.12.1930, Mohlsdorf-Teichwolframsdorf

**Zum 84. Wiegenfest**

Ilse Müller, 26.09.1931, Greiz  
Günter Pradler, 09.11.1931, Zeulenroda-Triebes  
Karl-Heinz Stetefeld, 17.10.1931, Steinsdorf

**Zum 83. Wiegenfest**

Hannelore Kahnes, 21.09.1932, Bad Köstritz

**Zum 82. Wiegenfest**

Helmut Hoth, 10.11.1933, Zeulenroda-Triebes  
Christa Schwarz, 20.09.1933, Bad Köstritz

**Zum 81. Wiegenfest**

Ullrich Lutter, 02.09.1934, Bad Köstritz



**Zum 75. Wiegenfest**

Brigitte Beetz, 11.11.1940, Zeulenroda-Triebes

**Zum 65. Wiegenfest**

Ingrid Hoffmann, 25.09.1950, Greiz

**Zum 60. Wiegenfest**

Barbara Falk, 16.09.1955, Zeulenroda-Triebes  
Marlies Jakat, 07.10.1955, Bad Köstritz



**Zum 55. Wiegenfest**

Angelika Leber-Halbauer, 05.09.1960, Hundhaupten  
Uwe Hauptmann, 10.12.1960, Wünschendorf (Elster)

## Parteitag am 14. und 15. November 2015 in Gotha

Auf der 1. Tagung des 5. Landesparteitages am 14. und 15. November in der Stadthalle Gotha wurden der neue Landesvorstand und dessen Mitglieder gewählt.



### Wie erwartet ist der alte auch der neue Vorstand:

Landesvorsitzende: Susanne Hennig-Wellsow  
Stellvertreter: Steffen Dittes und Bernd Fundteller  
Landesgeschäftsführerin: Anke Hofmann  
Landesschatzmeister: Holger Hänsgen  
Zum ersten Mal bewarb sich Diana Skibbe für den Landesvorstand. Sie schaffte auf Anhieb den Sprung in das Gremium und wird nun dort ihre Arbeit aufnehmen, auf welche sie sich sehr freut.

Neu für viele Anwesende war die Art und Weise der Wahldurchführung. Diese erfolgte per Knopfdruck mit Hilfe eines Wahl-O-Maten. Es ist schon eine Umstellung vom Kreuz auf einem Wahlzettel nunmehr nur per Knopfdruck zu entscheiden.

Anfänglich gab es einige technische Probleme, die jedoch zeitnah behoben werden konnten. Mit dieser Methode sind die Wahlhandlungen wesentlich schneller zu bewältigen, aber man muss bei der Wahl sehr aufpassen, dass man auch den Kandidaten wählt, für den man sich entschieden hat. Vorteil dieses Verfahrens ist, dass es wesentlich schneller geht und ein schnelles Ergebnis mit geringem personellem Aufwand erreicht wird.



Wir haben nun mit den gewählten Mitgliedern einen schlagkräftigen Landesvorstand, welcher mit dem Auftrag -die gefassten Beschlüsse umzusetzen und die Basis auf alle Wege mitzunehmen- jetzt mit der Arbeit beginnen kann.  
Viel Erfolg!

J. Lorber

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich euch recht herzlich zur unserer Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten des 5. Bundesparteitages unserer Partei DIE LINKE. ein.

**Samstag den 23. Januar 2016, 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr**  
**Begegnungsstätte AufAndHalt e.V., Siebenhitze 51, 07973 Greiz**

### Tagesordnung:

1. Begrüßung, Wahl Tagespräsidium
2. Bestätigung Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahlordnung
3. Wahl Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission
4. Bericht Kreisvorstand
5. Bericht Kreistagsfraktion
6. Diskussion
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahl der Delegierten des Kreisverbandes DIE LINKE. KV Greiz für den 5. Bundesparteitag

Bisher liegen nur Interessenbekundungen für die zwei von uns zu wählenden Delegierten vor. Wir würden uns freuen, wenn uns interessierte Genossinnen und Genossen so schnell wie möglich ihre Bewerbungen zukommen lassen.

*Kreisvorsitzender DIE LINKE. KV Greiz  
Christian Wächter*

## Terminplan für das 1. Halbjahr 2016; DIE LINKE. Zeulenroda-Triebes

Basisorganisation Zeulenroda- Triebes Hohenleuben, Langenwetzendorf, Auma, Vogtländisches Oberland und (laut Eingliederungsvertrag, Langenwolschendorf)

### Ehrung für Rosa Luxemburg

**Am Freitag d. 15.01.2016 um 16:00 Uhr**

ehren die Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE. Zeulenroda-Triebes auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Zeulenroda-Triebes die Kriegsgegnerin Rosa Luxemburg. Ihr Vermächtnis ist der Kampf für eine friedliche und gerechtere Welt.

- |                               |  |
|-------------------------------|--|
| Mo, d. 11.01.2016 / 17:00 Uhr | - Vorstandssitzung im Café „Zum Karpfenpfeifer“      |
| Mo, d. 18.01.2016 / 17:00 Uhr | - Mitgliederversammlung im Café „Zum Karpfenpfeifer“ |
| Mo, d. 08.02.2016 / 17:00 Uhr | - Vorstandssitzung im Café „Zum Karpfenpfeifer“      |
| Mo, d. 15.02.2016 / 17:00 Uhr | - Mitgliederversammlung im Café „Zm Karpfenpfeifer“  |
| Mo, d. 29.02.2016 / 17:00 Uhr | - Vorstandssitzung im Café „Zum Karpfenpfeifer“      |
| Mo, d. 14.03.2016 / 17:00 Uhr | - Mitgliederversammlung im Café „Zum Karpfenpfeifer“ |
| Mo, d. 11.04.2016 / 17:00 Uhr | - Vorstandssitzung im Café „Zum Karpfenpfeifer“      |
| Mo, d. 18.04.2016 / 17:00 Uhr | - Mitgliederversammlung im Café „Zum Karpfenpfeifer“ |
| Mo, d. 09.05.2016 / 17:00 Uhr | - Vorstandssitzung im Café „Zum Karpfenpfeifer“      |
| Mo, d. 23.05.2016 / 17:00 Uhr | - Mitgliederversammlung im Café „Zum Karpfenpfeifer“ |
| Mo, d. 13.06.2016 / 17:00 Uhr | - Vorstandssitzung im Café „Zum Karpfenpfeifer“      |
| Mo, d. 20.06.2016 / 17:00 Uhr | - Mitgliederversammlung im Café „Zum Karpfenpfeifer“ |

*Sven Weber, BO Vorsitzender*



**Der Kreisvorstand wünscht allen Mitgliedern und Sympathisanten ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2016!**

**Impressum:** V.i.S.d.P.: Christian Wächter, Vorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Greiz; Satz/Layout: J. Lorber



**Ruft an, fragt nach!**

**Kontaktadressen:**

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

**DIE LINKE. Kreisverband Greiz**  
Carolinestraße 46  
07973 Greiz  
Telefon: (03661) 45 61 54  
Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-greiz.de

**Wahlkreisbüro Diana Skibbe:**  
Greizerstr. 33  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Tel.: 036628 947548  
Mail: skibbe@die-linke-thl.de

**www.die-linke-greiz.de**